

Linz, am 22. Juli 2022

Pläne für die EU-Industrieemissionsrichtlinie gefährden bäuerliche Familienbetriebe

In der österreichischen Tierwohldebatte haben Konsumentinnen und Konsumenten fälschlicherweise Bilder von argentinischen Feedlots, ukrainischer Hühnerkäfighaltung und asiatischer Massenschweinehaltung im Kopf. Die heimische Landwirtschaft ist mit diesen internationalen Agrarverhältnissen nicht vergleichbar. Auch die EU möchte mit der Novellierung der Industrieemissionsrichtlinie bäuerliche Familienbetriebe und große, industrielle Firmen in einen Topf werfen. Damit würden Verfahrenskosten von etwa 50 000 bis 60 000 Euro auf die heimischen Bäuerinnen und Bauern zukommen. Die oberösterreichische Bauernvertretung macht dagegen mobil.

Die Industrieemissionsrichtlinie der Europäischen Union dient zur Regulierung der Emissionen, welche von rund 52.000 industriellen Anlagen verursacht werden. Betriebe, die in diese Richtlinie fallen, haben ein eigenes Verfahren durchzuführen, wobei die Kosten zirka 50 000 bis 60 000 Euro ausmachen. Der derzeitige Entwurf zur Novellierung der Richtlinie soll die Landwirtschaft weitestgehend miteinbeziehen.

Die geplanten Änderungen im Überblick

Bisher sind sechs Betriebe oberösterreichweit von der Richtlinie betroffen. Der aktuelle Änderungsentwurf beinhaltet eine starke Herabsetzung der Schwellenwerte für die Schweinehaltung, sowie den Einbezug der Rinderhaltung ab einer Anlagengröße von jeweils 150 Großvieheinheiten. Bereits bestehende Anlagen und Gebäude müssten ebenso einem Verfahren unterzogen werden.

„Es ist für mich vollkommen unverständlich, warum die Europäische Kommission unsere heimischen bäuerlichen Familienbetriebe mit großen Industriebetrieben gleichstellt. Die horrenden Kosten stehen in keinem Verhältnis zur möglichen Emissionsverringerung“, zeigt sich Jungbauernlandesobmann LKR Christian Lang von den europäischen Plänen irritiert.

Bauernbund Fraktion kämpft für die heimische Nutztierhaltung

In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vom 23. Juni 2022 brachte der OÖ Bauernbund die Resolution „EU-Industrieemissionsrichtlinie gefährdet bäuerliche Nutztierhaltung“ ein. Darin wird unter anderem angemerkt, dass „die prioritär betroffenen Ammoniak- und Methan-Emissionen ohnehin in anderen EU-Rechtsakten einer strengen Regulierung unterworfen sind.“

LKR Christian Lang hat die Resolution selbst unterschrieben: „Das Klimaschutzministerium muss sich auf europäischer Ebene für die heimische Landwirtschaft einsetzen. Sollte diese Novellierung in



geplanter Form kommen, würden viele bäuerlichen Betriebe aus der Nutztierhaltung endgültig aussteigen. Das kann nicht das Ziel von Frau Bundesminister Gewessler sein, denn der Import von ausländischen Lebensmitteln hat einen ungleich höheren CO₂-Fußabdruck als die Produktion von heimischer Ware.“

Agrarstrukturerhebung zeigt die heimische Landwirtschaft als familiär, weiblich und vielfältig

Die Agrarstrukturerhebung in Österreich findet alle zehn Jahre statt, wobei die neuesten Ergebnisse vor kurzen vorgestellt wurden. Dabei zeigt sich, dass die heimische Landwirtschaft von bäuerlichen Familienbetrieben (93 % der heimischen Betriebe), starken Bäuerinnen (35 % werden von Frauen geführt) und durch Nebenerwerb (58 % der Betriebe) geprägt ist.

„Ich bin von den Leistungen der Bäuerinnen und Bauern begeistert. Unsere heimische Landwirtschaft ist vor allem familiär und vielfältig. Auf meinen regelmäßigen Jungbauern-Betriebsbesuchen sind es vor allem die vielen unterschiedlichen Facetten der österreichischen Landwirtschaft, die mich jedes Mal aufs Neue faszinieren“, freut sich LKR Christian Lang. (Schluss)

Bildnachweis:

Bild 1: Portraitbild Jungbauernlandesobmann LKR Ing. Christian Lang

+++

Rückfragenhinweis:

Lukas Wolfsjäger

Jungbauernreferent

0732 / 77 38 66 – 813

wolfsjaeger@ooe.bauernbund.at